

sich Kompetenz-Schmidt als einer, der den Provinz-Häuptling mal so eben mit links erledigen würde.

Jetzt aber, seit ihm dämmert, daß bei den Leuten Biedermännisches offenbar ebenso gefragt zu sein scheint wie Sachverstand und straffe Führerschaft, bemüht sich der Norddeutsche, auf Kohls Rolle als „Schmusekanzler“ (Schmidts Pressesekretär Klaus Bölling) einzugehen. Der Beraterstab trainiert Schmidt darauf, künftig vor allem im Fernsehen „viel Humanum“ vorzuzeigen und nicht als „großer Nußknacker“ aufzutreten. Er soll „seinen Char-

me entfalten, zu dem er durchaus fähig ist“ (Bölling).

Beim bloßen Reagieren beließen es die Sozialliberalen auch, als sie sich von der Christunion als Wahlkampfthemen Renten- und Deutschlandpolitik aufzwingen ließen. Und die Gegenwehr der SPD/FDP war nicht einmal überzeugend.

Mit ihrem Angriff auf die angeblich finanziell nicht abgesicherte Rentenpolitik des SPD-Ministers Walter Arendt gelang es der Union, das Vertrauen in jenes Netz der sozialen Sicherheit zu beschädigen, das die SPD zum Stim-

menfang gebrauchen wollte. Unter dem Druck der Union meinten die Sozialliberalen auch, sie müßten härter als eigentlich nötig auf deutsch-deutsche Grenzzwischenfälle reagieren.

Trauen sich die Sozialdemokraten schließlich doch einmal zur Attacke, bleiben sie ohne Fortüne. Wegen grober Fehler und nicht belegter Vorwürfe gegen Verbände und Journalisten mußte die SPD-Zentrale ihr „Helferhandbuch“ über Geldgeber und Propagandisten der Union schleunigst wieder einziehen.

Gemindert wurde auch der Effekt der sozialliberalen Leistungsschau, mit der Schmidt seinem Wahlkampf Lichter aufsetzen wollte. Das Bundespresseamt zog sich mit seinen klotzigen Anzeigen-Serien Vorwurf und Klage zu. Steuermittel „zu veruntreuen“ (CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf).

An der Uneinigkeit der SPD-Wahlmänner in Kanzleramt, Bundespresseamt und Partei-Hauptquartier scheiterte ein Versuch der SPD-Zentrale, den reformierten Paragraphen 218 zum Wahlkampfeschlager zu machen. Die Genossen im Erich-Ollenhauer-Haus wollten den Wählern als abschreckendes Beispiel vorführen, daß Krankenhäuser in den unionsregierten Ländern Bayern und Baden-Württemberg Schwangerschaftsabbrüche in sozialen Notfällen nicht vornehmen.

Unsicher sind die Regierenden zudem, ob sich der wirtschaftliche Aufschwung tatsächlich zum Stimmenbringer der Koalition entwickeln wird. Im gegnerischen Lager heißt es, vom Thema Aufschwung drohe der Union keine Gefahr mehr, denn so Biedenkopf, die „Dankbarkeit der Bevölkerung gegenüber Krisenbewältiger Schmidt ist bereits konsumiert, seitdem die SPD in NRW den Aufschwung wählen ließ“ — bei den Landtagswahlen 1975.

Jetzt hoffen die Genossen, ihre Not werde, wie stets in früheren Wahlkämpfen, wenigstens einen Vorteil bringen: eine starke Mobilisierung der Sympathisanten. Brandt und Schmidt kamen überein, nun den Wahlkampfstil der Union zum Hauptthema zu machen. Und bei der letzten SPD-Vorstandssitzung beschwor der stellvertretende Parteivorsitzende, Bremens Bürgermeister Hans Koschnik, die Genossen, mit dem lahmen Wahlkampf müsse es endlich ein Ende haben.

Auf der Ochsenwiese zu Fulda machte der penible Staatsmann Schmidt am Donnerstag letzter Woche seinen Genossen vor, wie der neue Stil aussieht. Beim Exkurs über die deutschlandpolitischen Vorstellungen der Union nahm der Kanzler Maß und holzte: „Wenn man solchen Leuten wie Dregger, Carstens und Strauß das Regieren überläßt, vielleicht schießen die wirklich zurück.“

DANIEL DOPPLER

Das Fernseh-Duell

2. September: Auf einer Pressekonferenz lehnt Helmut Schmidt endgültig die Zweier-Diskussion mit seinem Rivalen Helmut Kohl ab. Statt dessen schlägt er vier Dreistunden-Diskussionen unter der Beteiligung von Strauß und Genscher vor. Schmidt: „Jetzt werden wir sehen, wer kneift.“ Kohl: „Cinemascope-Kanzler.“

3. September: Emnid ermittelt, daß 63 Prozent der männlichen CDU-Wähler nach wie vor für das Zweier-Gespräch, dagegen 70 Prozent des protestantischen Kleinergewerbes für die Vierer-Runde sind. Schmidt wirkt, wie aus dem Allensbach-Institut verlautet, in einem Duell auf weibliche Wechselwähler zwar energisch, auf pensionierte Landwirte dagegen rechthaberisch, während es bei Kohl so ist, daß seine Glaubwürdigkeit in dem Maße bei den Anhängern von Dregger abnimmt, je mehr Gesprächspartner mit ihm diskutierten. An Sonntagen ist es allerdings umgekehrt.

4. September: Nachdem die Demoskopen herausgefunden haben, daß es Genscher schadet, wenn er glaubt, daß es ihm schade, falls Schmidt und Kohl allein diskutieren, wird von den Koalitionspartnern erwogen, Schmidt erklären zu lassen, daß er bereit sei, fünf Vierstunden-Gespräche mit Kohl zu führen. Die fünf Gespräche sollten für den „Herrn Ministerpräsidenten“ durchaus Belehrungscharakter haben“ und sollten daher unter dem Titel „Kleines Seminar über die große Politik“ laufen.

5. September: Auf einer Koordinationskonferenz von ARD und ZDF streichen die beiden Sender in Hinblick auf die Entwicklung vorsorglich zwei Drittel des vorgesehenen Programmangebots bis zum 3.

Oktober: „Wir sind für jede Entwicklung offen.“

6. September: Wickert erfährt durch eine Blitzumfrage, daß in der Bevölkerung über die Frage, wer vor wem kneife, eine Pattsituation herrscht.

7. September: Die CSU entwickelt den Plan der totalen Fernsehkonfrontation. So sollen Montag, Mittwoch und Freitag die Kanzlerkandidaten, Dienstag, Donnerstag und Samstag die Vizekanzlerkandidaten jeweils im Abendprogramm beider Kanäle diskutieren. Der Sonntag ist für Vierer-Runden vorgesehen. Auf diese Weise bekomme man auch die Politiker von den immer gefährlicher werdenden Straßen. „Unsere Bürger sind, was Maß und Mitte anbetrifft, dazu mündig genug“, erklärt Kohl dazu: „Duell oder Sozialismus.“

8. September: Die SPD sieht in der Auswahl der Wochentage durch die CSU „eine üble demagogische Manipulation“.

9. September: Die ARD veranstaltet eine Zweier-Diskussion zwischen Klaus Bölling und Gerd Bacher. Titel: „Das Duell über das Duell — Argumente, Analysen, Perspektiven“.

2. Oktober: Die vier Parteien haben sich geeinigt, die Bundestagswahl zu verschieben. Dies sei im Hinblick darauf geschehen, daß die Vorrunden zur Vordiskussion, ob Schmidt mit Kohl allein diskutieren solle, frühestens im Dezember abgeschlossen werden können. „Duell statt Demoskopie?“, die allabendliche open-end-Diskussion, wird, laut Infas, von 77 Prozent aller CDU-Wähler und 83 Prozent aller Koalitionssympathisanten gesehen. Die Zuschauerurteile schwanken von „energisch“ bis „allergisch“.